



Quelle: Parlamentsdienste 3003 Bern

**Vorschau
Herbstsession 2021**

Kontakt

Für weiterführende Informationen stehen Ihnen der Präsident, die Dossierverantwortlichen und die Kommunikationsverantwortliche jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren:



Präsident

Adrian Wüthrich
031 370 21 17
079 287 04 93
wuethrich@travailsuisse.ch



Umwelt-, Steuer- und Aussenpolitik

Denis Torche
031 370 21 16
079 846 35 19
torche@travailsuisse.ch



Sozialpolitik

Thomas Bauer
031 370 21 11
077 421 60 04
bauer@travailsuisse.ch



Bildungspolitik

Bruno Weber
031 370 21 01
079 348 71 67
weber@travailsuisse.ch



Gleichstellungspolitik

Valérie Borioli Sandoz
031 370 21 47
079 598 06 37
borioli@travailsuisse.ch



Kommunikation

Linda Rosenkranz
031 370 21 18
079 743 50 47
rosenkranz@travailsuisse.ch



Wirtschaftspolitik

Gabriel Fischer
031 370 21 11
076 412 30 53
fischer@travailsuisse.ch

Nationalrat

Erste Woche

14.9.	20.472 ¹	Pa. Iv. Bertschy. Elternzeit von 14/14 Wochen. Gleiche Chancen im Erwerbsleben	→ Nein	5
15.9.	19.076 ²	Zolltarifgesetz. Änderung (Aufhebung der Industriezölle)	→ Nein	5
	21.3599	Mo. WAK-NR. Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen	→ Nein	5
	19.4152 ³	Mo. Wasserfallen Christian. Mit Weiterbildung die digitale Transformation meistern	→ Nein	6
	19.4153 ³	Po. Aebischer. Förderung der Weiterbildung in KMU	→ Ja	6
16.9.	21.3961	Po. SGK-NR. Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen	→ Ja	6
	21.3234 ⁴	Po. Hurni. Wie steht es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer?	→ Ja	6
	19.4317 ⁴	Mo. Flach. Berufspausen dank flexiblem Vorbezug der AHV-Rente finanziell abfedern	→ Nein	7
	19.4343 ⁴	Po. Bertschy. Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung direkt für die Verbilligung der Kita-Tarife erwerbstätiger Eltern verwenden	→ Nein	7

Zweite Woche

20.9.	20.4328	Mo. Ständerat (KVF-SR). Service public stärken	→ Ja	7
-------	----------------	--	------------	----------

Dritte Woche

28.9.	21.024	Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts.....	→ Nein	7
30.9.	09.503	Pa. Iv. Fraktion RL. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen	→ s. Details	8
	21.039	Personenbeförderungsgesetz. Änderung	→ Ja	8

¹ Parlamentarische Initiativen 1. Phase (weiter am 16., 22., 23. und 29.9.)

² ev. am 27. September, im Ständerat am 16. oder 28. September

³ Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

⁴ Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI (weiter am 22.9.)

Ständerat

Erste Woche

14.9.	13.478	Pa. Iv. Romano. Einführung einer Adoptionsentschädigung	→ Ja	9
	19.050	Stabilisierung der AHV (AHV 21)	→ s. Details	9
15.9.	20.063	Ausländer- und Integrationsgesetz. Änderung	→ s. Details	9
16.9.	19.076⁵	Zolltarifgesetz. Änderung (Aufhebung der Industriezölle)	→ Nein	9

Zweite Woche

20.9.	20.320	Kt. Iv. Jura. Bestimmungen zum Recht auf Eltern- oder Vaterschaftsurlaub und zu dessen Dauer. Allfällige Erlassung durch die Kantone.....	→ Ja	10
21.9.	20.4010	Mo. Nationalrat (Romano). Formen mobilen Arbeitens. Es braucht eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen. Die öffentliche Verwaltung soll ein Vorbild sein	→ Ja	10
	21.3444	Mo. Caroni. Einheitssatz für die Mehrwertsteuer	→ Nein	10
22.9.	21.3297	Mo. Chiesa. Artikel 14 des Freizügigkeitsabkommens anwenden und die Personenfreizügigkeit im Kanton Tessin und in den am stärksten von der Krise betroffenen Regionen vorläufig aussetzen.....	→ Nein	10
23.9.	21.3964	Mo. WBK-NR. Lücken in der Integrationsagenda füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz	→ Ja	11

Dritte Woche

28.9.	20.324	Kt. Iv. Zürich. Ein Schliessungsmoratorium für Poststellen bis zum Vorliegen und bis zur Genehmigung einer gesamtschweizerischen Poststellenplanung	→ Ja	11
29.9.	21.3613	Mo. Jositsch. Ausgewogene Vertretung Arbeitnehmende in ausserparlamentarischen Kommissionen	→ Nein	11
	21.032	Entsendegesetz. Änderung	→ Ja	12
30.9.	21.005	Internationale Arbeitsorganisation. Übereinkommen Nr. 170 und Nr. 174	→ Ja	12
	21.3686	Mo. Jositsch. Gesetzliche Grundlagen für Homeoffice schaffen	→ Ja	12

⁵ ev. am 28. September, im Nationalrat am 15. oder 27. September

Nationalrat

Dienstag, 14. September / Parl. Initiativen 1. Phase *(weiter am 16., 22., 23. und 29.9.)*

20.472 Pa. Iv. Bertschy. Elternzeit von 14/14 Wochen. Gleiche Chancen im Erwerbsleben

Die Vorlage fordert die Einführung einer «Elternzeit», die den Mutterschaftsurlaub ersetzen und den Vaterschaftsurlaub um 12 Wochen verlängern würde, um eine gleich lange Elternzeit für Vater und Mutter zu erreichen (Modell 14/14). Zudem würde der Anspruch auf 14 Wochen Vaterschaftsentschädigung nur gewährt, wenn beide Elternteile nach der Geburt des Kindes erwerbstätig sind. Diese Vorlage greift zwei Motionen aus dem Jahr 2019 auf (19.3848 und 19.3849), die im Juni im Nationalrat abgeschrieben wurden. Das Ziel der parlamentarischen Initiative ist die Chancengleichheit von Müttern und Vätern (und eine Gleichheit bei der Abwesenheit) auf dem Arbeitsmarkt. Die SGK-NR hat diese Initiative im Juni klar abgelehnt. Travail.Suisse setzt sich aktiv für eine echte Elternzeit ein und ist der Ansicht, dass es falsch wäre, die Geburtsurlaube, für die so viele Generationen von Frauen und Männern gekämpft haben, abzuschaffen. Die Bedürfnisse der Frauen, die gebären und stillen, werden unter dem Deckmantel einer theoretischen Gleichheit vollständig ignoriert. Zudem entspricht das vorgeschlagene Modell nicht dem Wissensstand hinsichtlich der optimalen Dauer einer Elternzeit, der Flexibilität der Urlaube oder des Anreizes für den zweiten Elternteil, am Familienleben teilzuhaben.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die parlamentarische Initiative zur Ablehnung.*

Mittwoch, 15. September

19.076 Zolltarifgesetz. Änderung (Aufhebung der Industriezölle)

(ev. am 27. September, im Ständerat am 16. oder 28. September)

Das Gesetz sieht die Aufhebung der Industriezölle vor, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern. Travail.Suisse ist der Ansicht, dass die Vorlage zu hohe Steuerausfälle (ca. 500 Millionen Franken) zur Folge hätte und der Schweiz den Verhandlungsspielraum bei Freihandelsabkommen nehmen würde. Der Nationalrat ist nicht auf die Vorlage eingetreten. Der Ständerat hat die Vorlage im Dezember 2020 unter dem Vorwand einer Stärkung der Wirtschaft angenommen. Am 18. Mai 2021 ist die WAK-N auf ihren ursprünglichen Entscheid, die Vorlage abzulehnen, zurückgekommen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Gesetzesänderung zur Ablehnung.*

21.3599 Mo. WAK-NR. Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen

Die Motion will den Bundesrat beauftragen, die paritätischen Kommissionen (PK) der für allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge (AVE GAV) zu verpflichten, ihre Jahresberichte zu veröffentlichen, um so die Transparenz zu erhöhen. Die paritätischen Kommissionen überprüfen die Einhaltung der Bestimmungen aus AVE GAV. Damit übernehmen sie eine wichtige Funktion zum Schutz der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmenden und für einen funktionierenden Wettbewerb. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat als Aufsichtsbehörde den Auftrag, die Einhaltung der Rechtsgrundlagen sowie einen effizienten, wirksamen und qualitativ hochstehenden Einsatz der verfügbaren Instrumente sicherzustellen. Diese Aufsicht wird über regelmässige Audits bei den PK wahrgenommen, in deren Folge es regelmässig zu Anpassungen und Harmonisierungsbestrebungen kommt. Aus Sicht von Travail.Suisse funktionieren die PK zufriedenstellend und die Aufsicht und Transparenz ist ausreichend gegeben. Von weitergehenden administrativen Belastungen dieser wichtigen Organisationen zur Sicherstellung der Arbeitsmarktkontrollen ist deshalb abzusehen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

Mittwoch, 15. September / Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

19.4152 Mo. Wasserfallen Christian. Mit Weiterbildung die digitale Transformation meistern

Das Anliegen der Motion ist nachvollziehbar. Wie die Antwort des Bundesrates zeigt, wurden viele der vom Motionär 2019 ausformulierten Anliegen schon in unterschiedliche Projekte aufgenommen und befinden sich in Umsetzung. Schade ist, dass der Motionär die auch von Avenir Suisse unterstützte Idee von Bildungsgutscheinen für gering qualifizierte Personen (Motion 19.3697) abgelehnt hat, obwohl gerade diese Idee sein Anliegen, nämlich «Mit Weiterbildung die digitale Transformation meistern», unterstützt hätte.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

19.4153 Po. Aebischer. Förderung der Weiterbildung in KMU

Ein grosses Problem im Bereich der Weiterbildung ist die Weiterbildungsbeteiligung von gering qualifizierten Personen. Die unterdurchschnittliche Beteiligung hängt auch damit zusammen, dass Betriebe die Weiterbildung dieser Zielgruppe am wenigsten fördern (Arbeitnehmende ohne nachobligatorische Bildung: 31% / Arbeitnehmende mit Abschluss auf Sek-II: 56% / Arbeitnehmende mit Tertiärabschluss: 75%). Die von NR Aebischer aufgeworfene Frage nach der Weiterbildung in KMU und insbesondere die Frage, wie durch gezielte Anreize sowie Informations- und Beratungsmassnahmen die Weiterbildung von Geringqualifizierten gefördert werden kann, trifft damit ins Herz der Weiterbildungsproblematik.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.*

Donnerstag, 16. September

21.3961 Po. SGK-NR. Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen

Dieses Postulat, das eine volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse der diskutierten Elternzeitmodelle verlangt, wurde per Stichentscheid durch die Kommissionspräsidentin angenommen. Nachdem 2018 eine Literaturanalyse «Evidenzbasierte Erkenntnisse zu Wirkungen von Elternzeit sowie Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub» veröffentlicht worden war, hat die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) vom Büro BASS eine entsprechende Analyse für ein Modell mit 24 Wochen durchführen lassen, das zu den bestehenden Elternurlauben hinzukäme. Diese Analyse wurde 2020 durch einen Policy Brief ergänzt. Die Kommission erachtet die Kosten für ein solches Modell als zu hoch. Es ist jedoch möglich, zusätzliche Berechnungen für weitere Modelle zu verlangen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.*

Donnerstag, 16. September / Vorstösse aus dem EDI *(weiter am 16. Juni)*

21.3234 Po. Hurni. Wie steht es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer?

Das Postulat ersucht um eine Berichterstattung über den psychischen Gesundheitszustand der Schweizer Bevölkerung. Dabei sollen die Folgen der Pandemie ebenso berücksichtigt werden, wie Risiko- und Schutzfaktoren. Es kann vermutet werden, dass die Pandemie auch bei der psychischen Gesundheit wie ein Brennglas gewirkt und bestehende Herausforderungen verstärkt hat. Zu diesen gehören unter anderem die Zunahme von Einsamkeit und negative Auswirkungen der Digitalisierung. Der geforderte Bericht kann die bestehenden Untersuchungen des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan) gezielt mit neuen Erkenntnissen und Rückschlüssen zu diesen gesellschaftlichen Entwicklungen (Pandemie, Individualisierung, Einsamkeit, Digitalisierung) ergänzen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.*

19.4317 Mo. Flach. Berufspausen dank flexiblem Vorbezug der AHV-Rente finanziell abfedern

Die Motion will, dass über einen Vorbezug der AHV beispielsweise längere Weiterbildungen oder Betreuungsaufgaben finanziert werden können. Der Renteneintritt würde bei einem Vorbezug entsprechend hinausgeschoben. Die Motion spricht damit zwar wichtige Aspekte wie die Finanzierung des Lebensunterhalts bei längeren Weiterbildungen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Die AHV würde dadurch aber zweckentfremdet. Die Möglichkeit, über das ordentliche Rentenalter hinaus zu arbeiten, soll zudem nicht in erster Linie davon abhängen, ob jemand Vorteile bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie genossen hat oder eine Weiterbildung absolvieren konnte. Vielmehr spielen die physische Belastung im Beruf, berufliche Risiken und die Höhe des Einkommens eine entscheidende Rolle. Damit setzt die Motion Zusammenhänge voraus, welche so nicht bestehen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

19.4343 Po. Bertschy. Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung direkt für die Verbilligung der Kita-Tarife erwerbstätiger Eltern verwenden

Das Postulat will, dass künftig Betreuungsgutscheine direkt den Eltern gewährt werden und somit das System von einer Objekt- zur einer Subjektfinanzierung wechseln soll. Seit der Einreichung des Postulats hat die WBK-N im Februar dieses Jahres die parlamentarische Initiative 21.403 «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» eingereicht. Das von Nationalrätin Bertschy vorgebrachte Anliegen, die befristete und mittlerweile mehrfach verlängerte Anstossfinanzierung des Bundes langfristig zu verankern, wird von der WBK-N geteilt. Travail.Suisse ist der Ansicht, dass die parlamentarische Initiative im Hinblick auf die angestrebten Ziele – die Erreichung eines Gleichgewichts zwischen Familien- und Berufsleben und die Steigerung der Entwicklungschancen von Kindern – mehr bewirken würde als das Postulat Bertschy.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Ablehnung.*

Montag, 20. September

20.4328 Mo. Ständerat (KVF-SR). Service public stärken

Die Motion beauftragt den Bundesrat, ein Gesetz über die politische Steuerung und die Oberaufsicht von Unternehmen mit einem Grundversorgungsauftrag vorzulegen. Ziel ist es zudem, besser mit dem Zielkonflikt zwischen Gewinnstreben und Gemeinwohl umzugehen und zu regeln, wie die politische Führung und die Aufsicht von SBB, Swisscom, Schweizerischer Post, Skyguide und dem öffentlichen Radio und Fernsehen aussehen soll. Eine Annahme dieser Motion könnte daher auch den Service public spürbar verbessern. Der Ständerat hat die Motion angenommen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

Dienstag, 28. September

21.024 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts

Die Revision soll den Finanzplatz Schweiz stärken, indem insbesondere Finanzierungstätigkeiten künftig wieder aus der Schweiz heraus erfolgen sollen. Die vorgeschlagenen Massnahmen schwächen den Sicherungszweck der Verrechnungssteuer und führen zu Steuerausfällen, die bei einem Anstieg der Zinssätze beträchtlich sein können. Leider weist die WAK-N den Vorschlag der Finanzkommission des Nationalrates zurück, interne Expertinnen und Experten mit einer Studie zu den potenziellen finanziellen Auswirkungen einer möglichen Schwächung des Sicherungszwecks der Verrechnungssteuer zu betrauen. Diese Schwächung könnte Steuerhinterziehung begünstigen, was zu weiteren Steuereinbussen führen würde. Es laufen im Übrigen mehrere Reformprojekte betreffend die Besteuerung des Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz (insbesondere die Aufhebung der Stempelsteuer und die Aufhebung der Industriezölle, die zu mehreren Milliarden Mindereinnahmen bei den Steuern führen würden).

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Gesetzesänderung zur Ablehnung.*

Donnerstag, 30. September

09.503 Pa. Iv. Fraktion RL. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen

Die parlamentarische Initiative sieht die Abschaffung sämtlicher Stempelsteuern vor. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, ihre Arbeiten am Entwurf 3 endgültig einzustellen, der die Abschaffung der Umsatzabgabe auf ausländischen Wertschriften sowie der Abgabe auf Sach- und Vermögensversicherungen vorsah (Steuerausfälle von rund 1,7 Milliarden Franken). Mit anderen Worten zeigt das Referendum, das gegen die Abschaffung der Stempelsteuer auf Eigenkapital lanciert wurde und das von Travail.Suisse unterstützt wird, bereits Wirkung.

→ *Travail.Suisse empfiehlt, die Arbeiten am Entwurf 3 einzustellen.*

21.039 Personenbeförderungsgesetz. Änderung

Die Änderung des Personenbeförderungsgesetzes sieht eine Vereinfachung der Regelungen für den öffentlichen Verkehr (öV) sowie dessen Anpassung an die Entwicklung der letzten Jahre vor. Der öV muss gestärkt werden: Es braucht mehr Transparenz sowie eine Harmonisierung der Bestellverfahren im regionalen Personenverkehr. Travail.Suisse unterstützt diese Gesetzesänderung unter bestimmten Voraussetzungen: Die Verwendung der Überschüsse für die öV-Unternehmen hat einheitlich zu erfolgen. Die Tatsache, dass bestimmte Linien einer Ausschreibung unterstehen, darf nicht ausschlaggebend sein. Im Rahmen der multimodalen Mobilität ist vorgesehen, dass Dritte über eine digitale Bestellplattform Fahrausweise vertreiben dürfen. Hier muss der Grundsatz der Gegenseitigkeit eingehalten werden, und die Konzessionsunternehmen müssen auch Zugang zu den Angeboten Dritter haben. Schliesslich muss das neue Gesetz die Angebote des Nacht- und des Freizeitverkehrs als Leistungen umfassen, die Anspruch auf eine Entschädigung gewähren können. Dies würde den Service public stärken.

→ *Travail.Suisse empfiehlt ein Eintreten auf die Gesetzesänderung.*

Ständerat

Dienstag, 14. September

13.478 Pa. Iv. Romano. Einführung einer Adoptionsentschädigung

Die parlamentarische Initiative hat zum Ziel, die Ungleichbehandlung von Eltern ein Ende zu setzen. Das Thema der Eltern-Kind-Beziehung sowie der Zeit, die für den Aufbau dieser Beziehung notwendig ist, wurde im Rahmen des Vaterschaftsurlaubs, der dieses Jahr in Kraft getreten ist, endlich anerkannt. Bei einer Adoption ist diese Frage genau so entscheidend. Obwohl der ursprüngliche Vorschlag vom Parlament beträchtlich reduziert wurde, hofft Travail.Suisse, dass die Adoption durch die Gewährung eines spezifischen Urlaubs auf Bundesebene endlich anerkennt und gefördert wird.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die parlamentarische Initiative zur Annahme.*

19.050 Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Zwischen dem National- und dem Ständerat bestehen Differenzen hinsichtlich der Zusatzfinanzierung zugunsten der AHV und der Form und der Höhe der Kompensation für Frauen der Übergangsgeneration. Travail.Suisse lehnt die Angleichung des Rentenalters zwischen Frauen und Männern mit Blick auf die bestehenden Lohn- und Rentenungleichheiten zum heutigen Zeitpunkt ab. Die vorgesehenen Zusatzfinanzierungen fallen in beiden Fällen zu gering aus. Zudem wurden die Möglichkeiten für einen flexiblen Bezug der AHV reduziert, statt erweitert. Travail.Suisse lehnt deshalb die aktuellen Vorlagen sowohl des National- wie auch des Ständerates ab.

- *Travail.Suisse erachtet das Kompensationsvolumen für Frauen der Übergangsgeneration, welches die SGK-S vorschlägt, weiterhin als zu gering.*
- *Travail.Suisse zieht das Nationalratsmodell zur Kompensation der Übergangsgeneration vor.*
- *Travail.Suisse befürwortet, dass Erträge der Nationalbank aus Negativzinsen in die AHV fliessen.*
- *Travail.Suisse zieht eine Mehrwertsteuererhöhung um 0.4%-Punkte einer Erhöhung um 0.3%-Punkte vor.*

Mittwoch, 15. September

20.063 Ausländer- und Integrationsgesetz. Änderung

Die Botschaft zur Änderung des Gesetzes sieht vor, dass vorläufig aufgenommene Personen künftig den Kanton wechseln können, wenn sie im neuen Kanton eine Stelle haben oder eine längere berufliche Ausbildung absolvieren und keine Sozialhilfe beziehen. Diese Änderung ist zu begrüßen, damit einige Hindernisse für die Integration auf dem Arbeitsmarkt wegfallen. Allerdings ist die neue Regelung hinsichtlich Reisen in andere Länder als ihr Heimatland für vorläufig Aufgenommene zu streng. Sie könnte die Freiheit, sich zu bewegen, sowie das Familienleben der betreffenden Personen beeinträchtigen.

- *Travail.Suisse empfiehlt, die Anpassungen zur besseren Integration auf dem Arbeitsmarkt anzunehmen.*
- *Travail.Suisse empfiehlt, die zu strenge Regelung des Bundesrats für Reisen ins Ausland aufzuweichen.*

Donnerstag, 16. September

19.076 Zolltarifgesetz. Änderung (Aufhebung der Industriezölle)

(ev. am 27. September, im Ständerat am 16. oder 28. September)

Erläuterungen vgl. Programm Nationalrat, Seite 3.

- *Travail.Suisse empfiehlt die Gesetzesänderung zur Ablehnung.*

Montag, 20. September

20.320 Kt. Iv. Jura. Bestimmungen zum Recht auf Eltern- oder Vaterschaftsurlaub und zu dessen Dauer. Allfällige Erlassung durch die Kantone

Im Rahmen der Diskussionen zum Vaterschaftsurlaub haben es die Kantone häufig bedauert, keine kantonalen Bestimmungen erlassen zu können, wie dies beim Mutterschaftsurlaub bereits der Fall ist. Seit diesem Jahr ist der Vaterschaftsurlaub auf Bundesebene in Kraft, nachdem das Stimmvolk den Gegenentwurf des Parlaments zur Volksinitiative gutgeheissen hatte. Die Kantone, die dies wünschen, sollen im Sinne des Föderalismus die Möglichkeit haben, eine Elternzeit (Urlaub, dessen Dauer zwischen den Elternteilen aufgeteilt werden kann) einzuführen oder einen grosszügigeren Vaterschaftsurlaub vorzusehen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die kantonale Initiative zur Annahme.*

Dienstag, 21. September

20.4010 Mo. Nationalrat (Romano). Formen mobilen Arbeitens. Es braucht eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen. Die öffentliche Verwaltung soll ein Vorbild sein

Die Motion beauftragt den Bundesrat, den gesetzlichen Gesamtrahmen im Zusammenhang mit den Formen mobilen Arbeitens für die Bundesangestellten so anzupassen, dass sie dieses Instrument nutzen können, soweit dies mit ihrer Rolle und der Ausübung ihrer Funktion vereinbar ist. Im Besonderen wird vorgeschlagen, dass Telearbeit (nach einem festgelegten Prozentsatz) als Recht jeder und jedes Angestellten anerkannt wird. Telearbeit soll nicht als Möglichkeit oder Zugeständnis gelten, das sich aus einer Entscheidung der oder des Vorgesetzten oder der zuständigen Dienststelle ergibt. Ziel ist es, die Unterschiede in der Anwendung innerhalb der Verwaltung zu beseitigen. Für Travail.Suisse ist es sehr wichtig, dass die Inanspruchnahme mobiler Arbeitsformen für Angestellte diskriminierungsfrei erfolgen kann. Telearbeit soll ein allgemeines Recht werden, wenn es die Funktion zulässt, und nicht nur eine Möglichkeit bleiben. So könnten potenziell willkürliche Entscheidungen vermieden werden.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

21.3444 Mo. Caroni. Einheitssatz für die Mehrwertsteuer

Der Motionär beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf vorzulegen, um einen Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer (MWST) mit möglichst wenigen Ausnahmen einzuführen. Diese Motion ist abzulehnen, da ein Einheitssatz bei Weitem nicht haushaltsneutral wäre und die Preise für Güter des Grundbedarfs sowie für Bücher und Medikamente steigen würden, was nicht sozial wäre. Es ist im Übrigen zweifelhaft, dass ein Einheitssatz ohne viele Ausnahmen überhaupt möglich wäre. Der Bundesrat hatte früher zwar mal einen Einheitssatz vorgeschlagen, hat aber zwischenzeitlich seine Meinung geändert und lehnt diese Motion ab.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

Mittwoch, 22. September

21.3297 Mo. Chiesa. Artikel 14 des Freizügigkeitsabkommens anwenden und die Personenfreizügigkeit im Kanton Tessin und in den am stärksten von der Krise betroffenen Regionen vorläufig aussetzen

Die Motion verlangt die vorläufige Ausserkraftsetzung der Personenfreizügigkeit und die Wiedereinführung der Kontingentierung von Bewilligungen für das Tessin. Die Personenfreizügigkeit ist ein zentraler Bestandteil der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Im Gemischten Ausschuss können bei schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen Abhilfemassnahmen geprüft werden. Eine Sistierung der Freizügigkeit ist weder sinnvoll noch angemessen. Die wirtschaftlichen Probleme sind aufgrund der Covid-19-Pandemie zwar beträchtlich, lassen sich aber erst nach einer Normalisierung und Erholung wirklich abschätzen.

zen und im europäischen Vergleich einordnen. Der Arbeitsmarkt im Tessin scheint ausserdem nicht übermässig betroffen zu sein, liegt doch die Arbeitslosenquote per August 2021 im schweizerischen Durchschnitt. Ausserdem ist die Situation zwischen der Schweiz und der EU aufgrund der ungelösten Situation beim InstA angespannt und erfordert deeskalierende und nicht eskalierende Massnahmen, um die Beziehung zu den direkten Nachbarn und wichtigsten Handelspartnern der Schweiz nicht zusätzlich zu belasten und den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Covid-19-Pandemie nicht unnötig zu gefährden oder verzögern.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

Donnerstag, 23. September

21.3964 Mo. WBK-NR. Lücken in der Integrationsagenda füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz

Die Verbundpartner der Berufsbildung (Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt) haben sich das Ziel gesetzt, dass 95% aller 25-Jährigen in der Schweiz über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen. Ein Sek-II-Abschluss ist heute eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich Personen einerseits nachhaltig in den Arbeitsmarkt integrieren und andererseits dank einem gesicherten Einkommen am gesellschaftlichen Leben partizipieren können. Es besteht daher ein grosses Interesse daran, dass alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit erhalten, den Weg zu einem Sek-II-Abschluss gehen zu können. Die Motion fordert, dass auch Jugendliche und junge Erwachsene aus EU-/EFTA- und Drittstaaten diese Chance erhalten, und zwar nicht nur im Rahmen eines zeitlich begrenzten Pilotprogrammes, sondern längerfristig. Dazu ist die Mitfinanzierung des Bundes nötig.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

Dienstag, 28. September

20.324 Kt. Iv. Zürich. Ein Schliessungsmoratorium für Poststellen bis zum Vorliegen und bis zur Genehmigung einer gesamtschweizerischen Poststellenplanung

Die Standesinitiative verlangt ein Schliessungsmoratorium für Poststellen bis zum Vorliegen und bis zur Genehmigung einer gesamtschweizerischen Poststellenplanung durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Travail.Suisse unterstützt die Beibehaltung der Stellen in den Poststellen sowie eine langfristige Planung in diesem Sektor. Die Anliegen dieser Standesinitiative sind mehr als berechtigt. Eine effiziente und transparente Poststellenplanung ist unerlässlich, damit die postalische Versorgung in allen Landesteilen der Schweiz gewährleistet werden kann und damit den Angestellten gute Arbeitsbedingungen und Perspektiven zugesichert werden können.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Standesinitiative zur Annahme.*

Mittwoch, 29. September

21.3613 Mo. Jositsch. Ausgewogene Vertretung Arbeitnehmende in ausserparlamentarischen Kommissionen

Die Motion fordert die Ausschreibung der Vertretungen der Sozialpartner-Dachverbände in den Kommissionen und betrifft damit die Arbeitgebendenseite und die Arbeitnehmendenseite (Arbeitgeberverband, Gewerbeverband, Gewerkschaftsbund und Travail.Suisse). Diese Dachverbände verfügen über demokratische Verbandsstrukturen auf nationaler und kantonaler Ebene und vermögen eine breite Abdeckung der Wirtschaft zu gewährleisten. Sie haben auch entsprechende Strukturen für die Koordination diverser Themen, um Bundesrat und Behörden über mehrere Verbände konsolidierte Standpunkte zu übermitteln und verfügen über verbandseigene Fachpersonen. Die Corona-Krise hat den Wert der nationalen Sozialpartnerschaft vor Augen geführt. Eine öffentliche Ausschreibung der Vertretungen würde erfordern, dass der Bundesrat nach noch detaillierteren Kriterien

eine Auswahl treffen müsste und keine Gewähr hätte, dass die Vertretung in einer Kommission ausgewogener ist. Allenfalls müsste der Bundesrat für die Koordination mit den Sozialpartner-Dachverbänden zusätzliche Gefässe schaffen, um deren Fachwissen und deren konsolidierten Einschätzungen abzuholen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

21.032 Entsendegesetz. Änderung

Das Entsendegesetz ist ein zentraler Bestandteil der flankierenden Massnahmen (FlaM) zur Personenfreizügigkeit. Diese sollen die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen garantieren und sicherstellen, dass diese auch auf in die Schweiz entsandte Arbeitnehmende angewendet werden. Die Änderung des Entsendegesetzes will die kantonalen Mindestlöhne in den Geltungsbereich des Entsendegesetzes integrieren, damit auch diese kantonalen Regelungen von Entsendefirmen berücksichtigt und eingehalten werden müssen. Für Travail.Suisse sind die FlaM ein wichtiges Instrument zum Schutz der Arbeitnehmenden in der Schweiz, entsprechend sind laufende Anpassungen und Optimierungen unerlässlich. Dass kantonale Mindestlöhne zukünftig auch von in die Schweiz entsandten Arbeitnehmende eingehalten werden, ist zu begrüßen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt ein Eintreten auf die Gesetzesänderung.*

Donnerstag, 30. September

21.005 Internationale Arbeitsorganisation. Übereinkommen Nr. 170 und Nr. 174

Die internationale Arbeitsorganisation (IAO) fördert menschenwürdige Arbeit für alle Arbeitnehmenden. Dazu erlässt sie Übereinkommen, die von ihren Mitgliedsstaaten ratifiziert werden können. Die Schweiz ratifiziert solche Übereinkommen, wenn sie nicht grundsätzlich von der Schweizer Gesetzgebung abweichen. Das Übereinkommen 170 bezweckt den Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Verhütung von Berufskrankheiten und -unfällen aufgrund der Verwendung chemischer Stoffe. Das Übereinkommen 174 bezweckt die Verhütung von industriellen Störfällen und die Begrenzung der Folgen solcher Störfälle. Der Bundesrat schlägt eine Ratifizierung dieser beiden Übereinkommen vor. Die eidgenössische tripartite Kommission für Angelegenheiten der IAO und die APK-N unterstützen diese Ratifizierung.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Ratifizierung der Übereinkommen zur Annahme.*

21.3686 Mo. Jositsch. Gesetzliche Grundlagen für Homeoffice schaffen

Die Motion fordert einen Vorschlag zu einer Anpassung der arbeitsrechtlichen Grundlagen für die Arbeit im Homeoffice. Im Zuge der Covid-19-Krise hat das Homeoffice eine deutlich grössere Dimension erreicht und es ist zu erwarten, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird. Auch wenn die geltenden arbeitsrechtlichen Regelungen grundsätzlich auch auf die Arbeit im Homeoffice anwendbar sind, rechtfertigt sich eine explizite Erwähnung und Regelung. Insbesondere ausufernde Arbeitszeiten, ein mangelhafter Gesundheitsschutz, zunehmende soziale Isolation und fehlende Entschädigung für die Nutzung der Infrastruktur sind gewichtige Problembereiche des Homeoffice für die Arbeitnehmenden.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*